

Gebermatrix Europäische Union

Allgemeines

Name des Dokuments

European Development Policy. Targets and Indicators (Papier der Europäischen Kommission);
Jahresbericht 2001 über die Entwicklungspolitik der EG und die Umsetzung der Außenhilfe (Europäische Kommission)

Ziele im Hinblick auf Armutsbekämpfung

6 Bereiche, in denen vorwiegend Aktivitäten unternommen werden sollen:

- **Handel und Entwicklung:** Liberalisierung von Handel und Investitionen im Rahmen eines soliden und transparenten wirtschaftspolitischen Umfelds; harmonische und schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft; "Entwicklungssagenden von Doha"; präferenzielle Handelsregelungen für Entwicklungsländer; Anything but Arms-Initiative (Februar 2001), zoll- und quotenfreier Zugang für sämtliche Produkte außer für Waffen und Munition; handelsbezogene Technische Hilfe und Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Unterstützung der Anstrengungen der Entwicklungsländer, zur Stärkung ihrer Fähigkeiten in den Bereichen Justiz, Regulierung und Stärkung der Institutionen
- **regionale Integration und Zusammenarbeit:** politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen benachbarten Ländern sollen gefördert werden; dienen bspw. der Konsolidierung des Friedens
- **Unterstützung der makroökonomischen politischen Maßnahmen und Förderung eines gerechten Zugangs zu den sozialen Diensten:** stärkere direkte Zuschüsse zum Staatshaushalt der Partnerländer sollen geleistet werden; Stärkung der eigenverantwortlichen Mitwirkung der Entwicklungsländer; Förderung von Initiativen im Sozialektor vor allem im Bereich Bildung und Ausbildung (Mitteilung der EC "Education and Training and Poverty Reduction in Developing Countries" 2002 - 3 Prioritäten: Grundbildung, berufliche Bildung über von makroökonomischer Hilfe und höhere Bildung), Bewirtschaftung der Wasserressourcen (Wasserressourcen werden als Querschnittsaufgabe gesehen)
- **Verkehr:** Mitteilung "Förderung des nachhaltigen Verkehrs in der EZA"; Transport soll erschwinglich und dem Bedarf der Betroffenen angepasst sein; soll zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie des Zugangs zu sozialen Diensten beitragen; wichtig auch für Erleichterung des Handels und für Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums: Schwerpunkt lag 2001 auf der Überprüfung der Konzepte und Strategien der Gemeinschaft ➤ Aufbau institutioneller Kapazitäten, verantwortungsvolle Regierungsführung und rechtsstaatliche Verhältnisse: Querschnittsaufgabe, da mangelnde Kapazität eines der Hauptprobleme ist. <p>Querschnittsthemen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung der Menschenrechte: Einbeziehung der Zivilgesellschaft in diesem Bereich; Stärkung des Dialogs mit Drittländern, Wahlbeobachtungen, Multilaterale Foren; Aus Kapitel B7-70 des Haushalts mit dem Titel „Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte– EIDHR“ werden Maßnahmen im Bereich der Menschenrechte, der Demokratisierung und der Konfliktverhütung finanziell unterstützt. Diese Maßnahmen müssen im Wesentlichen in Partnerschaft mit den NRO und den internationalen Organisationen durchgeführt werden. ➤ Gleichstellung von Mann und Frau: eigenes Aktionsprogramm <p>weitere Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gesundheit: Mitteilung der Kommission "Health and Poverty Reduction in Developing Countries" (2002) - Leitfaden für Investitionen in Gesundheit, Aids und Bevölkerung; seit 1990 hat die EU 4,2 Mrd. € für den Gesundheitsbereich in über 100 Entwicklungsländer zur Verfügung gestellt. ➤ Fischerei: Mitteilung zur Fischerei und Armutsbekämpfung ➤ Statistik: Kooperation mit u.a. EUROSTAT um statistisches System in Entwicklungsländern zu verbessern ➤ Dekonzentration des Projektmanagements an die Delegationen der Kommission in Entwicklungsländern
<p>Positionierung zu PRSPs</p>	<p>Der Prozess der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung wird von der EU nach Kräften unterstützt. (vgl. Jahresbericht 2001)</p> <p>Armutsbekämpfung als prioritäres Ziel: In der Erklärung des Rates und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union vom November 2000 werden als die wichtigsten Ziele der Entwicklungspolitik der Europäischen Union die Milderung und letztendlich die völlige Beseitigung der Armut genannt. Dieses Ziel beinhaltet die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung im wirtschaftlichen und sozialen sowie im Umweltbereich, die Förderung der schrittweisen Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Entschlossenheit zur Bekämpfung der Ungleichheit.</p>

Die EU ist der festen Überzeugung, dass die **eigenverantwortliche Mitwirkung an den Strategien** für eine nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung durch die Partnerländer der Schlüssel zum Erfolg der Entwicklungspolitik ist.

National Ownership: Kommission will *national ownership* maximieren; mit Hilfe der PRSP und dem Respekt des national leadership können Geberinputs besser koordiniert werden

Schwerpunktländer

Strategie und Form der Unterstützung

Eigene **Country Strategy Papers (CSR)** - "Framework for Country Strategy Papers" wurde 2000 eingeführt; seit damals in Zusammenarbeit mit allen EL eingesetzt; wenn ein PRSP im entsprechenden Land vorhanden ist, so sollen die Schlüsselindikatoren der CSPs möglichst aus diesem stammen; CSP sind Rahmenbedingungen für die Kooperation mit Entwicklungsländern von 2002-2007. CSP entstehen aus einer Zusammenarbeit des Entwicklungslandes, der Kommission, NGOs und anderen Gebern.

Leistung von Budgethilfen

Makroökonomische Unterstützung hat sich in den letzten Jahren vermehrt von Strukturanpassung zur **Budgethilfe zur Armutsreduktion** entwickelt

EU leistet in AKP und MEDA-Ländern Budgethilfe - "wherever the Government is credibly committed to growth and poverty reduction"; Kommission will vermehrt PRSP Budgethilfe leisten, "where it is able to provide aid in this form"

Haushaltszuschüsse werden nur bereitgestellt, wenn man von ihrer Wirksamkeit überzeugt ist.

Die Kommission stellt somit für Projekte und thematische Aktionspakete zur Verringerung der Armut in den schwächsten Ländern Kofinanzierungsmittel in Höhe von 176 Mio. Euro pro Jahr bereit.

Politikdialog und Geberkoordination

Koordination mit EU-Mitgliedsstaaten und anderen internationalen Gebern werden angestrebt; **Harmonisierung der Geberverfahren** werden als Schlüsselement für die Verbesserung der Koordinierung, Effizienz und eigenverantwortlichen Mitwirkung des Empfängerlandes betrachtet.